

Publikationsserver des Leibniz-Zentrums für
Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Digitale Reprints



Leibniz-Zentrum für
Zeithistorische
Forschung Potsdam

Kim Christiaens

Europa als »Dritte Welt«

Europäische Perspektiven auf globalen Aktivismus während des Kalten
Krieges

DOI: 10.14765/zzf.dok-2703

In: Frank Bösch, Caroline Moine und Stefanie Senger (Hg.), Internationale Solidarität.
Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR, Göttingen 2018, S. 235–262.

DOI (Band): 10.14765/zzf.dok-2694

Digitaler Reprint des ursprünglich in der ZZF Schriftenreihe **Geschichte der Gegenwart** im
Wallstein Verlag im September 2018 erschienenen Sammelbandes:

<https://www.wallstein-verlag.de/9783835332089-internationale-solidaritaet.html>

Copyright © 2024 - Dieser Text wird veröffentlicht unter der Lizenz Creative Commons BY-SA 4.0 International.
Eine Nutzung ist für nicht-kommerzielle Zwecke in unveränderter Form unter Angabe des Autors bzw. der
Autorin und der Quelle zulässig. Im Artikel enthaltene Abbildungen und andere Materialien werden von
dieser Lizenz nicht erfasst.



10.14765/zzf.dok-2703

GESCHICHTE DER GEGENWART

Herausgegeben von
Frank Bösch und Martin Sabrow

Band 18

Inhalt

FRANK BÖSCH Internationale Solidarität im geteilten Deutschland. Konzepte und Praktiken	7
CHRISTIAN HELM Reisen für die Revolution. Solidaritätsbrigaden als Praktik transnationaler Solidarität zwischen der Bundesrepublik und dem sandinistischen Nicaragua	35
STEFANIE SENGER Getrennte Solidarität? West- und ostdeutsches Engagement für Nicaragua Sandinista in den 1980er Jahren	64
CAROLINE MOINE Christliche Solidarität mit Chile. Helmut Frenz und der transnationale Einsatz für Menschenrechte nach 1973	93
FELIX A. JIMÉNEZ BOTTA Solidarität und Menschenrechte. Amnesty International, die westdeutsche Linke und die argentinische Militärjunta, 1975-1983.	122
ERIC BURTON Solidarität und ihre Grenzen. Die »Brigaden der Freundschaft« der DDR	152
ANJA SCHADE Solidarität und Alltag der DDR aus der Sicht exilierter Mitglieder des African National Congress	186

SOPHIE LORENZ

»Schwarze Schwester Angela«.

»Rot-schwarze« Verbundenheitsvorstellungen und die
DDR-Solidaritätskampagne für Angela Davis 209

KIM CHRISTIAENS

Europa als »Dritte Welt«.

Europäische Perspektiven auf globalen Aktivismus
während des Kalten Krieges 235

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 263

Europa als »Dritte Welt«

Europäische Perspektiven auf globalen Aktivismus
während des Kalten Krieges¹

KIM CHRISTIAENS

Seit den späten 1950er Jahren überwand eine Vielzahl sozialer Bewegungen die Grenzen zwischen den »drei Welten«, die sich, so bereits die Zeitgenossen, durch die Wechselwirkung zwischen dem Kalten Krieg und dem Dekolonialisierungsprozess der Nachkriegszeit herausgebildet hatten. Dieser Globalisierungsprozess beschränkte sich nicht auf die bekannten humanitären Projekte nichtstaatlicher Entwicklungshilfeorganisationen. Kampagnen in der »Ersten Welt« wurden durch verschiedene politische Probleme und Entwicklungen in der »Dritten Welt« angeregt, die vom Vietnamkrieg und der Anti-Apartheid in Südafrika über das Pinochet-Regime in Chile bis zum sandinistischen Reformstaat in Nicaragua reichten. Andere Initiativen mobilisierten Unterstützung für Dissidenten in der »Zweiten Welt«, zum Beispiel in Ungarn 1956, der ČSSR 1968 oder in Polen in den 1980er Jahren. Die meisten dieser Bewegungen weckten allerdings bis in die späten 1980er Jahre kein Interesse, weder in der Öffentlichkeit noch in der Forschung. Das lag unter anderem daran, dass Initiativen für die »Dritte Welt« nur einer kleinen radikalen Linken zugeschrieben bzw. als »Agitprop« kommunistischer Parteien und ihrer Sympathisanten angesehen wurden.² Aus einer orthodoxen Sicht des Kalten Krieges galt die Unterstützung für Dissidenten und deren Kampf gegen »nichtreformierbare« kommunistische Regimes als unbedeutend und obsolet.³

Diese Einschätzung änderte sich zum Ende des Kalten Krieges gravierend. Seit den 1990er Jahren wuchs das wissenschaftliche und öffentliche Interesse an der Geschichte und Bedeutung des »transnationalen Aktivismus« während der vergangenen Jahrzehnte. Diese Bewegungen sollten

¹ Aus dem Englischen übersetzt von Jakob Saß.

² Vgl. Richard J. Aldrich: Putting Culture into the Cold War: The Cultural Relations Department (CRD) and British Covert Information Warfare, in: Giles Scott Smith/Hans Krabbendam (Hg.): The Cultural Cold War in Western Europe 1945-1960, London 2003, S. 109-134; Vladimir Kabes/Alfons Sergot: Blueprint of Deception. Character and Record of the International Association of Democratic Lawyers, Den Haag 1957.

³ David Ost: Solidarity and the Politics of Anti-Politics. Opposition and Reform in Poland since 1968, Philadelphia 1990, S. 61.

nun zeigen, dass die Globalisierung schon vor dem Ende des Kalten Krieges begonnen hatte: Der Ost-West-Konflikt habe die Globalisierung weniger gehemmt als vielmehr stimuliert.⁴ Europäische Narrative verschoben sich zu einer selbstgefälligen Perspektive. Danach wurden die Bewegungen im Kontext des Nord-Süd- und Ost-West-Konflikts gemeinsam als Vorläufer einer »globalen Zivilgesellschaft« gedeutet – sie hätten nicht nur zum Ende des Kalten Krieges und des Kolonialismus beigetragen, sondern auch zur Etablierung eines internationalen Menschenrechtsregimes.⁵ Dabei hätte der gemeinsame Kampf für die Menschenrechte die Bewegungen mit verschiedenen ideologischen Hintergründen und Orientierungen vermeintlich vereint.⁶ Aus der damaligen Perspektive hätten internationale Solidaritätsbewegungen die Sprache eines marxistischen Internationalismus und des Anti-Kolonialismus hinter sich gelassen, um die liberalen Prinzipien der Menschenrechte und Demokratie anzunehmen. Ebenso hätten osteuropäische Dissidenten als Folge der »Schlussakte von Helsinki« 1975 die Sprache der Menschenrechte angenommen und sich von der verlockenden »Rückkehr nach Europa« inspirieren lassen.⁷

Trotz eines solchen Narrativs vom »globalen Aktivismus« und von sich global entwickelnden Bewegungen, die das Ende des Kolonialismus und des Kalten Krieges ankündigten, blieb der Blick auf sie bislang eher eingeschränkt. Die meisten Publikationen konzentrieren sich bislang auf spezielle Kampagnen und versäumen dabei eine diachrone und synchrone vergleichende Perspektive. Historiker und Historikerinnen haben zwar die Dimensionen des angeblichen »globalen Aktivismus« hervorgehoben, indem sie zeigten, wie Aktivisten ausländische Probleme für ihre eigene Agenda instrumentalisierten. Beziehungen und Schnittpunkte zwischen verschiedenen Bewegungen und ihren Anliegen wurden dagegen selten analysiert. Die Nord-Süd-Solidarität wurde beispielsweise kaum aus der Perspektive von Ost-West-Initiativen untersucht und umgekehrt.⁸ Mehr

4 Vgl. Sandrine Kott: Cold War Internationalism, in: Glenda Sluga/Patricia Clavin (Hg.): Internationalisms. A Twentieth-Century History, Cambridge 2016, S. 340-363.

5 Siehe dazu: Hakan Thörn: Anti-Apartheid and the Emergence of a Global Civil Society, Basingstoke/New York 2006.

6 Siehe dazu: Thomas Risse/Stephen C. Ropp/Kathryn Sikkink (Hg.): The Power of Human Rights: International Norms and Domestic Change, Cambridge 1999.

7 Jacques Rupnik: The Legacies of Dissent. Charter 77, the Helsinki Effect, and the Emergence of a European Public Space, in: Friederike Kind-Kovacs/Jessie Labov (Hg.): Samizdat, Tamizdat, and Beyond: Transnational Media During and After Socialism, New York 2013, S. 316-332, hier S. 324.

8 Vgl. Kim Christiaens/Idesbald Goddeeris/Wouter Goedertier: Inspirées par le Sud:

noch: Die Geschichtsschreibung im Zeichen des »globalen Aktivismus« tendiert immer noch zu einer Geschichte von Europa oder des Westens, deren Globalisierungsprozess sich auf andere Regionen und »Peripherien« ausweitete. Eine globale Zivilgesellschaft ist aus dieser Sicht der Versuch, die »Zweite« und »Dritte Welt« in die »Erste« zu integrieren.⁹

In diesem Kapitel soll dieses Narrativ dekonstruiert werden. Es wird gezeigt, dass »globaler Aktivismus« ein Versuch war, Solidaritätsbande in Europa zu knüpfen, und dass sich die jeweiligen Bewegungen zunächst vor allem mit konkreten europäischen Themen auseinandersetzten und erst so Verbindungen zur »Dritten Welt« aufbauten. Daher wird im Folgenden untersucht, wie europäische »Dritte Welt«-Kampagnen mit drei beispielhaften transnationalen Problemfällen umgehen, wie sie diese aus ihrer Perspektive deuten bzw. umdeuten: erstens die Entspannungspolitik im Kalten Krieg in den 1960er und frühen 1970er Jahren, zweitens der Kampf gegen autoritäre Regimes in Südeuropa, die 1974 und 1975 zusammenbrachen, und drittens die Not der Dissidenten in Osteuropa in den 1970er und 1980er Jahren.

Zunächst zeigt der Artikel aus der Perspektive des Ostens, wie die »Dritte Welt« zum Symbol für die ersehnte Entspannungspolitik wurde, Annäherungen zwischen Ost und West begünstigte und zum Kernthema europäischer Friedensbewegungen wurde. Im zweiten Teil werden die starken Verbindungen der Solidaritätsbewegungen mit den Kampagnen gegen die »faschistischen« Diktaturen in Südeuropa analysiert. Diese Verbindungen zeigen, wie die Probleme in der »Dritten Welt« – z. B. im Vietnam-Krieg, in Pinochets Chile oder in Südafrika während der Apartheid – Deutungsmöglichkeiten boten, mit denen sich Europas faschistische Vergangenheit und Gegenwart erklären ließen. Zuletzt stehen der Wandel und der umstrittene Charakter der Ost-West-Beziehungen im Vordergrund. Hier wird die gemeinsame Identität untersucht, die sich die verschiedenen Initiativen für die »Dritte Welt« und jene für die osteuropäischen Dissidenten konstruierten. Es werden aber auch Grenzen deutlich. Dabei hebt dieser Beitrag eine Reihe von Akteuren und Ideen hervor, die bisher in den Darstellungen zum transnationalen Aktivismus im Kalten Krieg vernachlässigt worden sind. Die Argumentation bricht hier deutlich mit dem »Mainstream-Narrativ« vom Aufkommen globaler Menschenrechtsdiskurse und internationaler Solidaritätsbewegungen,

Les mobilisations transnationales Est-Ouest pendant la guerre froide, in: Vingtième Siècle. Revue d'histoire 109 (2011), S. 155-168.

⁹ Vgl. Ian Clark: Globalization and Fragmentation. International Relations in the Twentieth Century, Oxford 1997, S. 122.

das seit Ende des Kalten Krieges in der Geschichtsschreibung und in der öffentlichen Erinnerung in Europa vorherrschte.

*Durch den Osten inspiriert?
Die »Dritte Welt« und die Ost-West-Entspannungspolitik*

Der Widerstand gegen den osteuropäischen Kommunismus wird in der Geschichtsschreibung üblicherweise als Hauptimpuls für die Globalisierung der europäischen sozialen Bewegungen und ihre Hinwendung zur »Dritten Welt« seit den späten 1950er Jahren betrachtet.¹⁰ Besonders nach der Niederschlagung der Ungarischen Revolution durch sowjetische Truppen im Herbst 1956 und dem Ende der Suez-Krise 1957 breitete sich in Westeuropa die Solidarität mit der »Dritten Welt« aus, insbesondere in der »Neuen Linken«.¹¹ Die Aversion gegen die Sowjetunion und alles, wofür sie stand – kommunistische Parteien im Westen und kommunistische Staaten im Osten –, inspirierte eine große Anzahl von Gruppen, welche die »Dritte Welt« für sich entdeckten und die Pattsituation des Kalten Krieges damit umgingen. In der »Dritten Welt« suchten sie alternative Versionen des Marxismus, die sich vom Ostblock-Kommunismus unterschieden, kritisierten aber auch gleichzeitig sowohl den US-amerikanischen und sowjetischen »Imperialismus« als auch den Zwang der »friedvollen Koexistenz«. Auf der anderen Seite nutzte eine wachsende Zahl westlicher NGOs Entwicklungsprogramme und Menschenrechte, um in Zusammenarbeit mit Regierungen den Kommunismus in Afrika, Asien und Lateinamerika zu bekämpfen.¹² Der Rolle kommunistischer Bewegungen in Europa wurde dagegen von der Forschung wenig Aufmerksamkeit geschenkt, ebenso wenig der Ausbreitung von Ost-Süd-Beziehungen infolge der Nachkriegsdekolonisation.

Dass die »Dritte Welt« auf der Agenda sozialer Bewegungen im Westen immer wichtiger wurde, fiel allerdings mit dem Erstarren der Friedensbewegung und vermehrten Ost-West-Kontakten zusammen. Anders als radikale Bewegungen, die die Befreiung der »Dritten Welt« propa-

10 Eleanor Davey: French Adventures in Solidarity: Revolutionary Tourists and Radical Humanitarians, in: *European Review of History* 21,4 (2014), S. 577-595, hier S. 578 f.

11 Vgl. Christoph Kalter: A Shared Space of Imagination, Communication, and Action. Perspectives on the History of the »Third World«, in: Samantha Christiansen/Zachary A. Scarlett (Hg.): *The Third World in the Global 1960s*, New York/Oxford 2013, S. 23-38.

12 Siehe dazu auch: Thörn: *Anti-Apartheid*, S. 37 f.

gierten, setzten die Gruppen der Friedensbewegung zunächst darauf, die Ost-West-Entspannung zu fördern, ohne die Teilung von Ost und West infrage zu stellen. Viele von ihnen entstanden aus kommunistischen Gruppierungen oder umfassten Friedensgruppen kommunistischer Parteien, die in den 1950er Jahren gegründet wurden.¹³ Seit Mitte der 1960er Jahre wurde die »Dritte Welt« für die Friedensbewegungen immer wichtiger. Anti-Atomkraft-Märsche und Kampagnen für die Abrüstung bildeten die Grundlage für neue Kampagnen gegen den Vietnamkrieg.

In mehreren westeuropäischen Ländern entwickelten sich kommunistische Friedensbewegungen zu zentralen Akteuren im Engagement für die »Dritte Welt«. Als internationaler Dachverband unterstützte der Weltfriedensrat (WPC), finanziert von der Sowjetunion, ab Mitte der 1960er Jahre eine Reihe von Kampagnen gegen den Vietnamkrieg, die Vertreter aus Ost und West sowie aus der »Dritten Welt« zusammenbrachten. Bald schnellten die Mitgliederzahlen des WPC in afrikanischen und asiatischen Ländern in die Höhe, die gerade ihre Unabhängigkeit errungen hatten. Die kommunistischen Parteien im Westen und Regierungen in Osteuropa gründeten Solidaritätskomitees für Kuba, Vietnam und Anti-Apartheid, die in Ländern wie der DDR oder Polen in neugegründete Afro-Asiatische Solidaritätskomitees eingebunden wurden.¹⁴ Konferenzen und Veröffentlichungen internationaler, sowjetisch finanzierter Organisationen wie des Weltgewerkschaftsbundes, des Weltfriedensrates und des Weltbundes der Demokratischen Jugend widmeten Themen der »Dritten Welt« beträchtliche Aufmerksamkeit.¹⁵

Viel ist bereits über die Motive dieses kommunistischen Engagements geschrieben worden. Die Solidarität mit Vietnam und anderen »Dritte Welt«-Ländern, die unter dem fortdauernden »Faschismus« und »Imperialismus« des Westens litten, dienten in der Sowjetunion der Propaganda und Legitimation: Der »Hitlerismus« würde weiter auf der

13 Vgl. Günter Wernicke: *The Communist-Led World Peace Council and the Western Peace Movements: The Fetters of Bipolarity and Some Attempts to Break Them in the Fifties and Early Sixties*, in: *Peace & Change: Journal of Peace Research* 23,3 (1998), S. 265-311; Renato Moro: *The Catholic Church, Italian Catholics and Peace Movements: The Cold War Years, 1947-1962*, in: *Contemporary European History* 17,3 (2008), S. 365-390.

14 Vgl. James Mark/Péter Apor/Radina Vučetić/Piotr Osęka: »We are with You, Vietnam«. *Transnational Solidarities in Socialist Hungary, Poland and Yugoslavia*, in: *Journal of Contemporary History* 50,3 (2015), S. 439-464.

15 Vgl. Kim Christiaens: *Europe at the Crossroads of Three Worlds. Alternative Histories and Connections of European Solidarity with the Third World, 1950s-1980s*, in: *European Review of History/Revue Européenne d'Histoire*, 24,6 (2017), S. 932-954, hier S. 935-937.

Weltbühne herumwandeln und erfordere einen starken parteigeführten Sozialismus als Beschützer. International gesehen rührte das kommunistische Interesse an der »Dritten Welt« allerdings nicht nur von dem Ziel, den Westen zu diskreditieren, wie oft mit Blick auf die deutsch-deutsche Konkurrenz argumentiert wurde.¹⁶ Solidarität mit Vietnam oder der Anti-Apartheid-Bewegung wurde zum politischen Fundament stärkerer Beziehungen mit nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Anfang der 1960er Jahre und inspiriert durch den Wettstreit mit Maos China nutzten osteuropäische Diplomaten und Regierungsvertreter den Vietnamkrieg, um neue Einflussgebiete zu erschließen, etwa mit Konferenzen in Algier, Accra, Kairo und Neu Delhi. Die Kampagne gegen den Vietnamkrieg, so der indische Generalsekretär des Weltfriedensrats, Romesh Chandra, 1966, »muss uns einen Zugang zu afrikanischen und arabischen Ländern ermöglichen und auch, Kontakt zu nationalen Befreiungsbewegungen aufzunehmen, mit denen wir bislang nicht in Kontakt standen oder die uns gegenüber skeptisch sind.«¹⁷

Trotz ihrer globalen Bestrebungen blieb diese internationale Solidarität von europäischen Belangen geprägt. Kommunistische Institutionen in Osteuropa bemühten sich, westeuropäische Teilnehmer zu internationalen Konferenzen zum Vietnamkrieg oder zur Anti-Apartheid einzuladen und verschiedene Solidaritätskampagnen für die Dekolonisation mit Kampagnen für »Frieden in Europa« zusammenzubringen. Besonders in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wurden der Vietnamkrieg und die Anti-Apartheid immer mehr zum Anlass genommen, um die Kooperation mit nicht-kommunistischen Gruppen auszubauen und das Image der Sowjetunion als Bastion des Friedens, Antirassismus und Antifaschismus gegen die kriegstreibenden USA zu stärken.¹⁸ So organisierte der Weltfriedensrat beispielsweise in Stockholm, Helsinki, Ostberlin und Brüssel internationale Vietnam-Konferenzen, die hunderte Abordnungen aus Ost und West sowie aus der »Dritten Welt« anzogen.

Bislang nahmen die meisten Historiker und Historikerinnen diese Initiativen nicht ernst. Sie stellten die Effizienz kommunistischer Kampagnen in Frage und reduzierten ihr Anliegen auf hohle Propaganda, auf »all

16 Heike Hartmann/Susann Lewerenz: Campaigning against Apartheid in East and West Germany, in: *Radical History Review* 119 (2014), S. 191-204.

17 Réunion de la Présidence (Conseil Mondial de la Paix), Prag 1967, in: Archives départementales de la Seine-Saint-Denis, Bobigny, Conseil Mondial de la Paix, 170 J 181.

18 Vgl. A. Stam: *De CPN en haar buitenlandse kameraden*, Soesterberg 2004, S. 13, 215, 251; Günter Wernicke: *The World Peace Council and the Antiwar Movement in East Germany*, in: Andreas W. Daum/Lloyd C. Gardner/Wilfried Mausbach (Hg.): *America, The Vietnam War and the World*, Cambridge 2003, S. 299-319.

bark and no bite«. ¹⁹ Zwar hatten diese Solidaritätsinitiativen zuweilen unbeabsichtigte Effekte, indem sie etwa die Kritik an der UdSSR beförderten oder die Mitwirkenden eher nach alternativen Formen des Kommunismus in der »Dritten Welt« suchen ließen. ²⁰ Trotzdem hatten viele dieser Initiativen einen großen Einfluss auf internationale Solidaritätskampagnen im Westen. Sie wurden zu einer wichtigen Berührungsfäche für westliche Aktivisten und politische Bewegungen aus der »Dritten Welt«. In Belgien hatte sich beispielsweise 1964 das erste Solidaritätskomitee mit dem südvietnamesischen Volk innerhalb der pro-chinesischen Kommunistischen Partei gegründet. Bei seiner Arbeit stützte sich das Komitee auf die Kontakte, die auf Konferenzen des Weltfriedensrates durch den belgischen Friedensaktivisten Antoine Allard und die Delegationen des vietnamesischen Friedensrats aufgebaut worden waren. ²¹ Hier bildete sich auch ein Netzwerk italienischer Komitees, die Kontakte mit Osteuropa sowie Kampagnen für die »Dritte Welt« verbanden. Von den Informationen und Kontakten ließ sich unter anderem der italienische sozialistische Politiker und Anwalt Lelio Basso inspirieren. ²²

Auf der anderen Seite boten diese internationalen Foren vielen Befreiungsbewegungen, die von westlichen nicht- oder antikommunistischen Organisationen ausgeschlossen waren, eine Plattform im Westen. Der sozialistisch ausgerichtete »Weltbund der Demokratischen Jugend«, 1945 in London gegründet, hatte beispielsweise 1960 die ersten internationalen Brigaden nach Kuba geschickt und wurde nun zum Forum für vietnamesische Diplomaten, um ihre Kampagnen in Jugendorganisationen zu verbreiten. ²³ In den späten 1960er Jahren führten der Weltfriedensrat und seine angegliederten Friedensbewegungen Delegationen aus Nord-

19 Steven L. B. Jensen: *The Making of International Human Rights: The 1960s, Decolonization, and the Reconstruction of Global Values*, New York 2016; Geoffrey Roberts: *Averting Armageddon: The Communist Peace Movement, 1948-1956*, in: Stephen A. Smith (Hg.): *The Oxford Handbook of the History of Communism*, Oxford 2014, S. 322-338.

20 Vgl. Quinn Slobodian: *What Does Democracy Look Like (and Why Would Anyone Want to Buy it)? Third World Demands and West German Responses at 1960s World Youth Festivals*, in: Thomas Lindenberger/Annette Vowinckel/Bernd Stöver (Hg.): *Cold War Cultures: Perspectives on Eastern and Western European Societies*, New York 2011, S. 254-275.

21 Vgl. Kim Christiaens: *From the East to the South, and back? International Solidarity Movements in Belgium and New Histories of the Cold War, 1950s-1970s*, in: *Dutch Crossing* 39,3 (2015), S. 187-203.

22 Vgl. *Associazione italiana per i rapporti culturali con la Polonia*, docc. 8 / cc. 19, in: *Archives Lelio Basso*, Fondazione Lelio e Lisi Basso Issoco, Rome.

23 Vgl. R. Walvaren: *Vrijheid voor Vietnam*, in: Nel van Aalderen (Hg.): *50 jaar Algemeen Nederlands Jeugd Verbond. Wij hebben er geen spijt van, een boek over*

vietnam und der »Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams« auf einer Tour durch westeuropäische Städte zusammen, wo sie jeweils den Kontakt zu nationalen und örtlichen Solidaritätsgruppen und NGOs suchten.²⁴

Tatsächlich leisteten nicht nur kommunistische Bewegungen, sondern auch vietnamesische Vertreter und andere nationale Befreiungsbewegungen einen Beitrag zu dieser Zusammenarbeit von Ost und West zugunsten der »Dritten Welt«. Vietnamesische Diplomaten reisten von ihren Hauptquartieren in Prag und Ostberlin über die Grenzen des Eisernen Vorhangs und luden westeuropäische Aktivisten ein, osteuropäische Städte und Friedenskonferenzen zu besuchen, die gemeinsam mit kommunistischen Delegationen organisiert wurden. Die Demokratische Republik Vietnam verbreitete ihre Veröffentlichungen und Bulletins – oft über die DDR – unter Aktivistengruppen im Westen. Dabei prägte sie nach außen die Idee einer weltweiten Solidaritätsbewegung, indem sie Informationen über Kampagnen sowohl aus dem Osten als auch dem Westen aufgriffen.²⁵ Das Gleiche galt für chilenische Exilorganisationen, die in West und Ost nach 1973 entstanden: Insbesondere die DDR, wo sich das Hauptquartier der Sozialistischen Partei Chiles im Exil befand, wurde zum Hotspot internationaler Solidaritätskampagnen gegen das Pinochet-Regime in den 1970er Jahren.²⁶

Ostdeutschlands herausragende Rolle in den Kampagnen gegen Vietnamkrieg, die Apartheid und Pinochet muss in Zusammenhang mit seiner Politik der »Westarbeit« betrachtet werden, die darauf abzielte, seine politische Isolation im Westen zu durchbrechen.²⁷ Die DDR finanzierte Touren chilenischer und vietnamesischer Musiker hinter dem Eisernen Vorhang und integrierte die Solidarität mit Vietnam in die Kampagnen zur europäischen Sicherheit und Kooperation, die sie mit anderen

strijd, actie, vriendschap en solidariteit uit de 50-jarige geschiedenis van het ANJV, Amsterdam 1998, S. 186-190.

24 Vgl. Bulletin d'Information des Comité National Vietnam et Comité d'Aide Médicale et Sanitaire au Vietnam. Périodique Trimestriel, No. 1 (November 1968), S. 2.

25 Vgl. Solidarité avec le Vietnam. Bulletin d'information du bureau de la conférence internationale de solidarité avec le peuple du Vietnam contre l'agression impérialiste américaine, pour la défense de la paix, No. 1 (Februar 1965), S. 1f.

26 Vgl. Jadwiga E. Pieper Mooney: Chilean Exile in the German Democratic Republic (GDR): The Politics of Solidarity in the Cold War, in: Kim Christiaens/Idesbald Goddeeris/Magaly Rodriguez Garcia (Hg.): European Solidarity with Chile. 1970s-1980s, Bern 2014, S. 275-299.

27 James Mark/Quinn Slobodian: Eastern Europe, in: Martin Thomas/Andrew Thompson (Hg.): The Oxford Handbook of the Ends of Empire, Oxford 2018 (in Vorbereitung).

osteuropäischen Staaten in den späten 1960er Jahren initiierten. Auch vietnamesische Diplomaten verbanden Solidarität, Antifaschismus und Frieden, während sie in Europa Weltkriegs- und Holocaust-Mahnmale besuchten: Sie vertraten die Idee eines gemeinsamen antifaschistischen Kampfes, griffen dabei auf Europas eigene Geschichte des Zweiten Weltkriegs zurück und verknüpften die Anti-Vietnamkriegs-Bewegungen mit Kampagnen für Frieden in Europa – der Vietnamkrieg wurde als »zweiter Holocaust« aufgefasst.²⁸ Die Solidarität mit der »Dritten Welt« bot nicht nur eine Projektionsfläche für eine gemeinsame faschistische Vergangenheit, sondern auch für den Protest gegen das Fortbestehen des Faschismus in Europa. Dies wird deutlich, wenn wir auf die starke Verbindung zwischen den Kampagnen schauen, die sich einerseits gegen die sogenannten »faschistischen« Diktaturen Südeuropas richteten und sich andererseits für Chile und die Anti-Apartheid-Bewegung während der 1970er Jahre engagierten.

Eine vereinte »Zone des Faschismus«: Südeuropäische Diktaturen und die »Dritte Welt« in den 1960er und 1970er Jahren

Kampagnen gegen die autoritären Regimes in Spanien und Portugal hatten sich in den ersten zwei Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkrieges nur langsam mobilisieren können.²⁹ Ihr Anliegen war für die westeuropäische »Neue Linke« zunächst nicht attraktiv – wegen der Zusammenarbeit der von kommunistischen Parteien geprägten spanischen und portugiesischen Opposition mit der Sowjetunion und wegen deren stalinistischen Tendenzen – insbesondere vor dem Hintergrund des Kalten Krieges in den späten 1940er und 1950er Jahren.³⁰ 1950 wurde die Kommunistische Partei Spaniens im Exil aus Paris verwiesen und musste nach Prag umziehen, während die UNO das diplomatische Embargo gegen Spanien aufhob. Wie Franco-Spanien wurde das faschisti-

28 Mark u. a.: »We are with You, Vietnam«, S. 445 f.; Nguyen Van Hieu: Ban be ta khap nam chau [Our Friends across the Globe], Hanoi 1963, S. 12-19.

29 Vgl. Víctor Fernández Soriano: Le fusil et l'olivier. Les droits de l'Homme en Europe face aux dictatures méditerranéennes (1949-1977), Brüssel 2015; Pedro Aires Oliveira: A Sense of Hopelessness? Portuguese Oppositionists Abroad in the Final Years of the Estado Novo, 1968-1974, in: Contemporary European History 26,3 (2017), S. 465-486.

30 Vgl. Pilar Ortuño Anaya: European Socialists and Spain: The Transition to Democracy, 1959-77, Basingstoke 2002, S. 135.

sche Portugal im »freien Westen« aufgenommen.³¹ Gleichermaßen spielte die Notlage von politischen Gefangenen und Flüchtlingen in Griechenland nach dem Bürgerkrieg keine große Rolle in den westeuropäischen Solidaritätsbewegungen – ganz im Gegensatz zu Osteuropa. Länder wie die DDR, ČSSR, Ungarn, Rumänien und die Sowjetunion unterstützten Exilanten und Tausende von Flüchtlingen aus diesen »faschistischen« Regimes.³² Erst seit den frühen 1960er Jahren wuchs das westeuropäische Interesse am schweren Los der Oppositionellen in Spanien, Portugal und Griechenland.

Im Zuge der aufkeimenden Entspannungspolitik wurden die Identifikation mit den Unterdrückten sowie der Protest gegen Menschenrechtsverletzungen, die im Namen des Antikommunismus in diesen Ländern verübt wurden, zu einem Symbol für die europäische Linke – zum Protest gegen den Kalten Krieg und den internationalen Status quo, der die Diktaturen trotz allem zum Westblock zählte.³³ Kommunistische Friedensbewegungen und Menschenrechts-NGOs riefen gemeinsame »amnesty«-Kampagnen ins Leben, die mit der Zwangslage der politischen Gefangenen und dem Verbot kommunistischer Parteien in diesen Ländern – und in Westdeutschland – den Gegensatz zwischen Antikommunismus und Menschenrechten anprangerten.³⁴ Während die Globalisierung des Kalten Krieges das öffentliche Interesse in Richtung »Dritte Welt« lenkte, wurde der Faschismus in Südeuropa für die westeuropäischen kommunistischen Parteien zum Ausgangspunkt, um die Aufmerksamkeit wieder zurück nach Europa zu richten und ihren internen Zusammenhalt zu stärken.

Der Staatsstreich einer Gruppe rechter Militäroffiziere in Griechenland im April 1967 mobilisierte eine Welle internationaler Solidaritäts- und Menschenrechtsinitiativen, sowohl im Osten als auch im Westen. Die Solidaritätsaktionen gegen die Junta waren nicht nur von der Vorstellung geprägt, Griechenland und ganz Westeuropa seien zu Kolonien des

31 Siehe dazu: Fernando Hernández Sánchez: *Los años de plomo. La reconstrucción del PCE bajo el primer franquismo (1939-1953)*, Barcelona 2015; Carlos Fernández Rodríguez: *Madrid clandestino. La reestructuración del PCE, 1939-1945*, Madrid 2002.

32 Vgl. Loring M. Danforth/Riki Van Boeschoten: *Children of the Greek Civil War. Refugees and the Politics of Memory*, Chicago 2012, S. 68 f.

33 Vgl. Maud Bracke: *Which Socialism, Whose détente. West European Communism and the Czechoslovak crisis of 1968*, Budapest 2007, S. 90.

34 Vgl. Tom Buchanan: *Human Rights, the Memory of War and the Making of a »European« Identity, 1945-1975*, in: Martin Conway/Kiran Klaus Patel (Hg.): *Europeanization in the Twentieth Century. Historical Approaches*, Basingstoke 2010, S. 164-166.

US-Imperialismus geworden. Ihre Motivation speiste sich auch aus der Abscheu vor dem antikommunistischen Diskurs der griechischen Junta und der Apologeten im Westen, die gemeinsam behaupteten, der Kommunismus sei eine Bedrohung und Kommunisten seien »Tiere«.³⁵ Die zwei deutschen Staaten wurden zum Zentrum der Kampagnen gegen die Junta: In Ostdeutschland fand die griechische, pro-sowjetische Kommunistische Partei nach ihrer Spaltung 1968 eine Bleibe und in Westdeutschland die griechischen Sozialisten, was hauptsächlich auf die große Anzahl griechischer Arbeitsmigranten und die Unterstützung durch den DGB zurückzuführen ist.³⁶ In den späten 1960er Jahren engagierten sich westeuropäische Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam in Kampagnen für Demokratie und Menschenrechte in Griechenland. Dabei verknüpften sie ihren Protest gegen den »Faschismus« in Südeuropa mit Initiativen für eine europaweite Sicherheit und Zusammenarbeit.

Auch wenn die »Dritte Welt« zunächst den Blick von Europa ablenkte, profitierten die Kampagnen für die Demokratisierung Spaniens, Portugals und Griechenlands letztlich von der wachsenden Aufmerksamkeit: Sie sahen in ihnen zwei Peripherien von »mittelmäßiger Entwicklung« – die eine in Südeuropa, die andere in der »Dritten Welt« – und eine vereinte »Zone des Faschismus«, deren Bewohner Opfer des US-amerikanischen Imperialismus, Neokolonialismus sowie multinationaler Unternehmen waren.³⁷ Folglich begriffen sie Südeuropa als Europas »Dritte Welt«. So bezeichneten Kampagnen gegen den Vietnamkrieg sowohl in Ost als auch in West Griechenland als ein »zweites Vietnam«. Während der Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1968 in Sofia kamen griechische und vietnamesische Delegationen zusammen, während die DDR die Tourneen vietnamesischer und griechischer Musiker miteinander verband.³⁸ Im Westen trat Andreas Papandreou, das Aushängeschild

35 Kim Christiaens: »Communists are no beasts«. European Solidarity Campaigns on behalf of Democracy and Human Rights in Greece and East-West détente in the 1960s and early 1970s, in: *Contemporary European History* 26, 4 (2017), S. 621-646.

36 Vgl. Sozialdemokratische Union Griechenlands auf einer Konferenz in Mehlem bei Bonn, 11.-12.11.1967, in: *Socialist International Archives (SI)*, International Institute of Social History, Amsterdam, No. 642.

37 Kostas Kornetis: Cuban Europe? Greek and Iberian tiersmondisme in the »Long 1960s«, in: *Journal of Contemporary History* 50,3 (2015), S. 486-515; Iván Harsányi: A chilei és a dél-európai baloldal köztí kapcsolat és kölcsönhatás, in: *Múltunk* 4 (2008), S. 246 f.

38 Vgl. Deutsche Künstler-Agentur, Griechisches Ensemble Theodorakis, 1.11.1967, Ministerium für Kultur, HA Internationale Beziehungen, in: Bundesarchiv Berlin DR1/18527.

des griechischen Widerstands, gemeinsam mit Repräsentanten der süd-vietnamesischen Befreiungsfront, Repräsentanten des African National Congress (ANC) und anderer Befreiungsbewegungen der »Dritten Welt« bei Veranstaltungen auf.³⁹

Nach Pinochets Putsch in Chile im September 1973 bildeten Antifaschismus, -kolonialismus und -imperialismus das Bindeglied zwischen Kampagnen für Chile und für Südeuropa. In ihrem Widerstand gegen Menschenrechtsverletzungen sahen die Anhänger der internationalen Solidaritätsaktionen reale, aber auch imaginierte Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen autoritären Regimes. Als sozialdemokratische und christliche Gewerkschaftsbewegungen im Herbst 1973 den internationalen Aktionen für Chile beitraten, bezogen sie sich ausdrücklich auf die Notlage in Südeuropa und riefen die Regierungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dazu auf, in den Ländern Portugal, Spanien und Griechenland ein »zweites Chile« zu sehen und daher deren Wiedernäherungsversuche an die EWG zurückzuweisen.⁴⁰ In vielen Ländern wendeten sich Kampagnen gegen die portugiesische, griechische und spanische Diktatur nun auch gegen Pinochets Regime: Sozialdemokratische Gewerkschaften orientierten sich beispielsweise an den Kampagnen im Interesse der Menschenrechte in Portugal und Spanien, als sie ein Hilfskomitee für die geheime chilenische Arbeiterbewegung einrichteten.⁴¹ Die Vorstellung eines gemeinsamen Kampfes in Chile und Südeuropa verband sogar extrem verschiedene Gruppen wie die Gewerkschaftsbewegungen, Kommunisten und trotzkistische Radikale.

Der Sturz Allendes brachte die Erinnerung an die Niederlage der »Frente Popular« (»Volksfront«) im Spanischen Bürgerkrieg der 1930er Jahre zurück und stand für einen weiteren »sozialistischen Traum, der sich in einen Albtraum verwandelt«.⁴² Chilenische Exilanten sprachen auf denselben Veranstaltungen wie der Anführer der griechischen Sozialisten im Exil, Andreas Papandreu, – man vereinte sich im gemeinsamen Kampf des »Sozialismus gegen den Faschismus«.⁴³ Gerade weil

39 Vgl. Stan Draenos: Andreas Papandreu's Exile Politics: The First Phase (1968-1970), in: *The Historical Review/La revue historique* 11 (2014), S. 35-66.

40 Vgl. Kim Christiaens: The Difficult Quest for Chilean Allies. International Labor Solidarity Campaigns for Chile in the 1970s and 1980s, in: Ders./Goddeeris/Rodriguez (Hg.): *European Solidarity with Chile*, S. 97-129.

41 Vgl. Brief notes on the evolution of the works of the ICFTU/CUT Chile coordinating committee, in: SI, No. 1489.

42 Joseph L. Noguee/John W. Sloan: Allende's Chile and the Soviet Union: A Policy Lesson for Latin American Nations Seeking Autonomy, in: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs* 21 (1979), S. 363.

43 PAK Newsletter, Februar 1974, 3/2, S. 1.

die faschistischen Diktatoren Caetano in Portugal, Franco in Spanien und Pinochet in Chile ihre Legitimität von Ost-West-Konflikten ableiteten, sollte diese Argumentation delegitimiert werden. Spanische, griechische und portugiesische Oppositionelle im Land und im Exil traten nicht nur kommunistisch orientierten Friedenskampagnen bei, sie prägten auch maßgeblich eine gemeinsame Identität mit den chilenischen Linken.⁴⁴

Spanische Exilanten organisierten in vielen westeuropäischen Ländern Solidaritätskomitees für die chilenische Opposition.⁴⁵ In Schweden zum Beispiel hatten spanische republikanische Exilanten schon 1972 zur Gründung eines nationalen Solidaritätskomitees zur Unterstützung der chilenischen »Unidad Popular« beigetragen und setzten dieses Engagement nach dem Putsch 1973 fort.⁴⁶ Das Interesse der Spanier kam vor allem durch die Migration: Spanische Republikaner waren nach dem Bürgerkrieg nach Chile geflohen, und seit den 1950er Jahren waren hunderttausende spanische Migranten nach Lateinamerika gegangen.⁴⁷ Auch griechische Oppositionelle bemühten sich, ihre Interessen mit dem Widerstand gegen Pinochet zu verbinden: Im Herbst 1973 erklärten griechische Studenten auf den Straßen von Athen ihre Solidarität mit Allende, ebenso wie führende Persönlichkeiten des griechischen Widerstands in Westeuropa, darunter Mikis Theodorakis und Georges Moustaki. Andreas Papandreou und seine Panhellenische Sozialistische Bewegung (»Panellinio Sosialistiko Kinima«) bekundeten regelmäßig ihre Solidarität mit dem chilenischen Widerstand, indem sie die Notwendigkeit eines neuen Sozialismus betonten, der sich selbst außerhalb eines staatlichen Systems reorganisieren müsse.⁴⁸ Delegationen der griechischen Linken präsentierten sich als Vertreter der internationalen Solidarität mit Chile auf Konferenzen, die der Weltfriedensrat organisierte, oder riefen selbst

44 Zur Integration südeuropäischer Oppositioneller in Kampagnen für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit siehe u. a.: *Assembly of public opinion about European security and cooperation*, 2.6.1972, in: SI, *International Meetings and Solidarity*.

45 Vgl. Fernando Camacho Padilla: *Las relaciones entre Chile y Suecia durante el primer gobierno de Olof Palme, 1969-1976*, in: *Iberoamericana*, 25,7 (2007), S. 65-85, hier S. 73.

46 Vgl. ebd.

47 Siehe dazu: Julio Gálvez: *Winnipeg. Testimonio de un exilio*, Santiago de Chile 2012; Joe Foweraker: *Making Democracy in Spain: Grass-Roots Struggle in the South, 1955-1975*, New York u. a. 2002, S. 64.

48 Vgl. Eugenia Palieraki: *Le Chili est proche. Les mouvements antidictatoriaux grecs et les septembres chiliens*, in: *Monde(s)* 2,8 (2015), S. 45-64.

internationale Kampagnen ins Leben.⁴⁹ Die chilenische Tragödie sollte die höchst unterschiedlichen Strategien der südeuropäischen Oppositionsbewegungen überbrücken und gleichsam vor der westlichen Annäherung an die südeuropäischen Diktaturen warnen.

Doch auch die Chilenen selbst trugen ihren Teil zur internationalen Solidarität bei: Schon vor 1973 hatten die chilenischen Kommunisten und Sozialisten Kontakte zur spanischen Linken geknüpft und gegen die antikommunistische Unterdrückung in Griechenland nach Ende des Bürgerkrieges 1949 mobilisiert. Pablo Neruda, die Künstlerikone der Unidad Popular, hatte sich in Kampagnen für griechische Kinder und Flüchtlinge engagiert, die in Osteuropa nach dem Bürgerkrieg aufgenommen worden waren. Auf Anfrage ostdeutscher Solidaritätsbewegungen für Griechenland veröffentlichte er 1968 einen Sammelband zur griechischen Dichtkunst.⁵⁰ Als Allendes Botschafter in Frankreich arbeitete er in Paris mit dem exilierten griechischen Künstler Mikis Theodorakis zusammen. Nach 1973 wurde Ostberlin zum Treffpunkt für chilenische Exilanten und griechische oppositionelle Netzwerke, wie dem Central Committee of Greek Anti-Dictatorship Committees Abroad.⁵¹ Als der chilenische Kommunistenführer Volodia Teitelboim im Herbst 1973 zu einem internationalen Publikum sprach, brachte er die Ereignisse in Chile vor allem in Verbindung mit dem Putsch in Griechenland 1967, indem er sich auf die Einmischung der USA und den Antikommunismus konzentrierte, mit dem Repression, Imperialismus und Faschismus legitimiert worden seien.⁵² Das Interesse der chilenischen Exilorganisationen an Südeuropa wuchs weiter, als die autoritären Regimes seit 1974 unerwartet zusammenbrachen, zuerst in Portugal, dann in Griechenland und schließlich in Spanien. Bezeichnenderweise organisierte die in Rom ansässige internationale Exilorganisation »Chile Democrático« in Kooperation mit dem Weltfriedenskongress ihre wichtigsten internationalen Konferenzen in Südeuropa, darunter in Lissabon (September 1974), Athen (November 1975) und Madrid (November 1978).

49 Vgl. *L'autre Grèce. Supplément au No. 11-12 (19.11.1973)*, S. 14; Kostis Kornetis: *Children of the Dictatorship: Student Resistance, Cultural Politics, and the »Long 1960s« in Greece*, New York 2013, S. 247 f.

50 Vgl. David Schidlowsky: *Neruda y su tiempo: 1950-1973*, Santiago de Chile 2007, S. 1210 f.

51 Vgl. Andreas Stergiou: *Kommunistische Realpolitik. Das bizarre Verhältnis der SED zur Kommunistikó Kómma Elládas (1968-1989)*, in: Arnd Bauerkämper/Francesco Di Palma (Hg.): *Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs: Die Beziehungen der SED zu den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas (1968-1989)*, Berlin 2011, S. 226-242.

52 Vgl. *Chile Democrático. Boletín Informativo*, 8.6.1974.

Am 25. April 1974 stürzte in Portugal eine linksgerichtete Armeegruppe, unterstützt von weiten Teilen der Bevölkerung, das autoritäre Regime. Während der unruhigen Übergangsphase nach der »Nelkenrevolution« bis zu den ersten freien Wahlen 1976 versuchte die Kommunistische Partei unter der Führung von Alvaro Cunhal ohne große Erfolge an Einfluss zu gewinnen. Die Kommunisten fühlten sich ausgeschlossen und sahen darin Analogien zum Putsch in Chile mit Unterstützung westlicher Akteure.⁵³ Cunhal war nicht der Einzige, der solche Parallelen zwischen Chile und Portugal zog.⁵⁴ Als die portugiesischen Kommunisten nach den Wahlen 1976 nicht mehr in der Regierung saßen und der Sozialdemokrat Mário Soares die Regierung übernahm, sah die radikale europäische Linke darin schnell einen »Staatsstreich«, der sie an die Komplizenschaft von Christdemokraten, den USA und multinationalen Unternehmen beim Sturz von Allende in Chile drei Jahre zuvor erinnerte.⁵⁵

In Großbritannien betonten trotzkistische Radikale, mit welcher Ähnlichkeit sich multinationale Konzerne wie ITT in Chile und Portugal an der Zerschlagung von Arbeiterrevolutionen beteiligten und auf welche Weise der Westen den Antikommunismus als Vorwand für seine Interventionen missbrauchte.⁵⁶ Dabei attackierten sie die »Eurokommunisten« in Frankreich und Italien, die Soares unterstützten. Das machte die Ereignisse in Portugal wiederum relevant für die chilenischen Exilanten: Das Statement der Trotzlisten bot ihnen Munition, um die »eurokommunistische« Idee zu diskreditieren, die westliche Demokratie und der Sozialismus seien vereinbar. Die Frage, wie sich Demokratie und Sozialismus nach dem »Faschismus« vereinigen ließen, beschäftigte die Chilenen auch mit Blick auf Griechenland, wo die Militärjunta nach der Zypernkrise 1974 friedlich zusammengebrochen war. Im November 1975 organisierte Chile Democrático in Athen gemeinsam mit dem Weltfriedensrat und der griechischen Kommunistischen Partei eine großangelegte Weltkonferenz für Solidarität mit dem chilenischen Volk.⁵⁷ Die Leitfiguren der griechischen und chilenischen Linken kamen, ebenso hunderte Re-

53 Vgl. ebd.

54 Vgl. Mario Del Pero: »Which Chile, Allende?« Henry Kissinger and the Portuguese revolution, in: *Cold War History*, 11,4 (2011), S. 625-657.

55 David L. Raby: *Fascism and Resistance in Portugal: Communists, Liberals and Military Dissidents in the Opposition to Salazar, 1941-1974*, Manchester/New York 1988, S. 14.

56 Vgl. Portugal, Spain. *Towards the Iberian Socialist Revolution*. International Marxist Group. London, September 1975, Papers Alan Clinton, in: *Modern Records Centre (Warwick University): MSS. 539/4/14*.

57 Vgl. Conseil de continuation et de liaison du congrès mondial des forces de paix: *Conférence internationale de solidarité avec le peuple chilien*. Athènes du 13 u 16

präsentanten von Kampagnen aus Ost- und Westeuropa, die sich bei der UN für die Achtung der Menschenrechte in Chile einsetzten.⁵⁸

Während die Zwangslage Südeuropas bis Mitte der 1970er Jahre bereits mithilfe von Begriffen aus dem »Dritte Welt«-Diskurs beschrieben worden war, inspirierten das Ende des »Faschismus« und die Übergänge zur Demokratie in diesen Ländern nach 1974 die »Dritte-Welt«-Aktivisten. Sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften sahen in dem plötzlichen Zusammenbruch der südeuropäischen Diktaturen einen Vorwand, um ihre Verbindungen zu »gemäßigten« Oppositionellen in Chile und anderen lateinamerikanischen Ländern zu stärken. Seit Mitte der 1970er Jahre wendeten der portugiesische Premierminister Mário Soares und sein spanischer Mitstreiter Felipe González, seit 1974 Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei, die Aufmerksamkeit der europäischen Sozialdemokraten auf Lateinamerika. Unter der Führung von Willy Brandt solidarisierte sich die Sozialistische Internationale mit linksgerichtetem Widerstand gegen faschistische Diktaturen in Lateinamerika, wie z. B. in Argentinien und Nicaragua, das nach der Revolution von 1979 ebenfalls mit Portugal nach 1974 verglichen wurde.⁵⁹

Gleichwohl wendeten sich auch nationale Befreiungsbewegungen nach Europa. Auf sie hatte vor allem Portugal einen wichtigen Einfluss, wo das Ende der Diktatur eng verknüpft war mit der Unabhängigkeit seiner Kolonien. Nach 1974 wurde Lissabon zu einem internationalen Zentrum der Anti-Apartheid-Kampagnen. Dies lag nicht nur an der portugiesischen Linken, sondern auch entscheidend an den Interessen der Befreiungsbewegungen. Sie verwandelten das portugiesische Beispiel vom Ende des Faschismus und Kolonialismus in ein Vorbild für ihren eigenen Kampf. Im Juni 1977 kamen hunderte von Repräsentanten aus dem Osten, dem Westen und der »Dritten Welt« in der portugiesischen Hauptstadt auf einer Weltkonferenz gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus in Südafrika zusammen, die den Weg für die Anti-Apartheid-Kampagnen der nächsten Jahrzehnte ebnete. Während der Konferenz pries Robert Mugabe, damals Präsident der Patriotischen Front (Simbabwe), die »Nelkenrevolution« in Portugal als »deutliche Demonstration der Solidarität zwischen dem portugiesischen Volk, progressiven Akteuren in Westeuropa sowie sozialistischen Ländern in Osteuropa,

Novembre 1975, Helsinki 1973; Adam Feinstein: Pablo Neruda. A Passion for Life, London 2005, S. 376.

58 Vgl. Clodomiro Almeyda: Liberación y Fascismo, Mexico 1979, S. 79-86.

59 Vgl. Fernando Pedrosa: Redes transnacionales y partidos políticos. La Internacional Socialista en América Latina (1951-1991), in: Iberoamericana, 49,13 (2013), S. 25-46.

Asien und Lateinamerika«. ⁶⁰ Gleichzeitig bemerkte Youssef El-Sebai, Präsidiumspräsident und Generalsekretär der Afro-Asiatischen Organisation der Völkersolidarität (AAPSO), Westeuropa habe das »größte Reservepotential für die Unterstützung der Freiheitsbewegungen«. ⁶¹

In den späten 1970ern bemühten sich südeuropäische Sozialisten und Kommunisten weiter, die Ost-West-Entspannung mit der Solidarität für die »Dritte Welt« zu verknüpfen. ⁶² Diese Verbindung wurde allerdings zunehmend auf die Probe gestellt, als immer mehr osteuropäische Dissidenten wiederum ihre Länder als eine weitere, europäische »Dritte Welt« darstellten.

Dissidente Netzwerke und antitotalitäre Utopie

Neben der Entspannung im Ost-West-Konflikt und der Situation in Südeuropa gab es eine weitere Entwicklung in Europa, die den transnationalen Aktivismus abseits der »Dritten Welt« inspirierte: das Aufkommen von Dissidenten in Osteuropa. Vom Westen aus wurde ihr Widerstand von osteuropäischen Intellektuellen, Emigrantengruppen und Exilanten unterstützt, die den Kommunismus mit der Feder bekämpften, mit Zeitschriften und anderen Publikationen. Westliche NGOs und soziale Bewegungen schenkten ihrem Kampf gegen den Staatssozialismus jedoch bis in die Mitte der 1970er Jahre nur wenig Beachtung. Er wurde im Kontext der Tauwetter-Periode als unwillkommenes Echo eines aggressiven Antikommunismus aus der Frühzeit des Kalten Krieges wahrgenommen. Sicher gab es augenfällige Ausnahmen, wie etwa bei der breiten öffentlichen Empörung über die Niederwerfung der ungarischen Revolution von 1956 oder die Invasion der Tschechoslowakei im Sommer 1968 durch die Staaten des Warschauer Paktes. Die daraus resultierenden Kampagnen waren jedoch äußerst kurzlebig. ⁶³ Die Folge der geringen öffentlichen Resonanz war, dass sich die Aktivisten tatsächlich zunächst verstärkt der »Dritten Welt« zuwandten.

⁶⁰ Portuguese National Committee against Apartheid, Racism and Colonialism in Southern Arica: World Conference against Apartheid, Racism and Colonialism in Southern Arica, Lisbon June 16-19th 1977, Lissabon 1977, S. 61.

⁶¹ Ebd., S. 82.

⁶² Zur Idee einer gemeinsamen »mediterranen« Identität: Arab Peoples' Conference in Tripoli, 1977, Palestina, in: Fondazione Lelio e Lisli Basso Issoco, Rome, B. 4, Fasc. II, S. 1.

⁶³ Vgl. Marc Lazar: La gauche ouest-européenne et l'année 1968 en Tchécoslovaquie: Les cas français et italien, in: Antoine Marès (Hg.): La Tchécoslovaquie, sismographe de l'Europe, Paris 2009, S. 177-193.

Um ihr Engagement für die Menschenrechte im Osten zu rechtfertigen, konzentrierten sich antikommunistische NGOs wie etwa die Internationale Juristenkommission nach dem ungarischen Volksaufstand auf die Kritik der Apartheid in Südafrika. Auch linke Aktivisten, die nach 1956 aus europäischen kommunistischen Parteien austraten, suchten nun das revolutionäre Potential in Ländern der »Dritten Welt«.⁶⁴ Kurz: Osteuropäische Oppositionelle wurden nicht nur im Osten zum Schweigen gebracht, sondern waren auch im Westen schwach organisiert und fanden kaum Aufmerksamkeit, abgesehen von einigen intellektuellen Kreisen. Ihre Bemühungen, soziale Bewegungen in Westeuropa zu mobilisieren, wurden durch die Entspannungsperiode im Kalten Krieg erschwert, die vor allem Friedensbewegungen und Abrüstungsforderungen hervorbrachte. Ferner wurden die Anliegen der Dissidenten durch andere große Kampagnen in den Schatten gestellt, die sich dem Vietnamkrieg, der Junta in Chile oder dem Kampf gegen die Apartheid widmeten. Solche Kampagnen betonten die Notwendigkeit, die »Dritte Welt« von der Last des Ost-West-Konflikts zu befreien, der zum Produkt des US-Imperialismus und rechtsgerichteter oder »faschistischer« Regimes in der »Dritten Welt« erklärt wurde.

Gleichwohl suchten osteuropäische Dissidenten und ihre westlichen Unterstützer in den 1960er und 1970er Jahren Anknüpfungspunkte an die Nord-Süd-Kampagnen, um sich international Gehör zu verschaffen. So begannen osteuropäische Emigranten in Westeuropa, staatssozialistische Repression unter den Aspekten der Rückständigkeit und des (Neo-) Kolonialismus zu beschreiben.⁶⁵ Christlich-demokratische Gewerkschaften bezeichneten die gewaltsame Beendigung des »Prager Frühlings« durch die Warschauer Pakt-Staaten beispielsweise als »schlimmste Form des Kolonialismus«.⁶⁶ Auch in den 1970er Jahren versuchten einige osteuropäische Exilanten, die Zunahme von Protestaktionen im Zuge der Chile-Krise von 1973 für ihre Zwecke zu nutzen. So verbreiteten im Sommer 1974 dreißig tschechoslowakische Dissidenten ein Manifest für Chile, in dem sie Parallelen zwischen den Regimes von Gustáv Husák in der ČSSR und Pinochet in Chile zogen.⁶⁷ Drei Jahre später bezeich-

64 Vgl. Davey: *French Adventures*.

65 Siehe dazu die vielen Referenzen zur »Dritten Welt« in: Robert Gildea/James Mark/Anette Warring (Hg.): *Europe's 1968: Voices of Revolt*, Oxford 2013.

66 *Les aspirations à la liberté et à la démocratie du peuple tchécoslovaque*, 21.8.1968, in: *Archives World Confederation of Labour*, KADOC (Louvain), 611.

67 Vgl. Karel Kovanda: *A Document of Our Time*, in: *The New York Review of Books* 31 (1974), URL: <http://www.nybooks.com/articles/1974/10/31/a-document-of-our-time/>.

nete die tschechoslowakische Bürgerrechtsbewegung Charta 77 in ihrer gleichnamigen Petition die Unterdrückten des Regimes als »Opfer einer faktischen Apartheid«. ⁶⁸

Dies ist ein typisches Beispiel, wie Dissidenten die offiziellen Diskurse und die Propaganda der sozialistischen Solidarität mit Staaten der »Dritten Welt« für den Widerstand gegen ihre jeweiligen Regimes einsetzten. Ähnliche Vorgehensweisen zeigten sich auch in linken Solidaritätsbewegungen mit Osteuropäern, die sich, wenn auch zögerlich, in den 1970er Jahren zu formieren begannen. Auf dem Weltkongress der Friedenskräfte 1973 in Moskau nutzten einige westeuropäische Gruppen – unter anderem die War Resisters' International, Pax Christi, der Catholic Youth Council und die Bertrand Russel Peace Foundation – kommunistische Chile-Propaganda, um auf die Verstöße gegen die Menschenrechte in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten aufmerksam zu machen. Diese Gruppen forderten nun die Freilassung politischer Gefangener sowie die Einhaltung der Prinzipien der UN-Menschenrechtscharta. ⁶⁹

Ähnlich zogen Kampagnen tschechoslowakischer Exilanten, die sich für Menschenrechte in Osteuropa einsetzten, Vergleiche zwischen dem chilenischen »Faschismus« und kommunistischer Repression. Unter den Mitgliedern befanden sich linke Intellektuelle, die gleichzeitig in Solidaritätskampagnen für Chile oder gegen die Apartheid in Südafrika aktiv waren. ⁷⁰ Aus der Sicht dieser Gruppen bereiteten der Kalte Krieg, die Einmischung der Supermächte, Imperialismus, wirtschaftliche Rückständigkeit sowie mangelnde nationale Selbstbestimmung den Nährboden für »totalitäre« und »diktatorische« Regimes sowohl in Osteuropa als auch in Chile und in der »Dritten Welt«. Diese Vergleiche waren Teil dessen, was als »anti-totalitäres Moment der 1970er« bekannt wurde. In diesem Rahmen war es besonders innerhalb der Neuen Linken populär, Faschismus und Kolonialismus in der »Dritten Welt« mit dem Kommunismus sowjetischer Prägung gleichzusetzen. ⁷¹ Das Ansinnen der osteuropäischen Dissidenten und ihrer Unterstützer, auf den Protestzug gegen Missstände in der »Dritten Welt« (Vietnam, Apartheid, Chile etc.) aufzuspringen, war zum großen Teil strategisch motiviert: Sie prangerten

68 Artikel 19, in: Charter 77.

69 Vgl. Congrès mondial des forces de paix. La liberté de dissentiment. Un appel, in: Archives Départementales de la Seine-Saint-Denis, Bobigny, Mouvement de la Paix, 170 J 177.

70 Vgl. Jiří Pelikán (Hg.): Ici Prague, l'opposition intérieure parle. Documents présentés par Jiří Pelikán, Paris 1973), S. 421 f.

71 Robert Brier: Adam Michnik's Understanding of Totalitarianism and the West European Left: A Historical and Transnational Approach to Dissident Political Thought, in: East European Politics and Societies 25,2 (2011), S. 197-218.

das Ungleichgewicht zwischen der weit verbreiteten Empörung über die Notlage der »Dritten Welt« und dem Schweigen zu Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa an.

Solche gedanklichen Verbindungen zwischen den Kämpfen der osteuropäischen Dissidenten und Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt« waren allerdings mehr ein Theoriekonstrukt als Wirklichkeit und nicht umsonst vor allem innerhalb osteuropäischer Diaspora- und Exilgruppen stark umstritten. So siedelten sich etwa hunderte ungarische Flüchtlinge nach den Ereignissen von 1956 in Südafrika an.⁷² Antikommunistische Regimes wie in Südafrika oder in Pinochets Chile profilierten sich ebenso wie die westlichen Apologeten als Advokaten der Menschenrechte und der Dissidenten in Osteuropa. Das Pinochet-Regime schärfte dieses Profil nach außen und innen, indem es beispielsweise den chilenischen Kommunisten Luis Corvalán im Austausch für den sowjetischen Dissidenten Vladimir Bukowski freiließ.⁷³ Die kommunistische Propaganda wiederum brandmarkte die Dissidenten als Unterstützer des Faschismus.

Großen Einfluss auf die Debatte hatten auch die Bündnisse der Sowjetunion mit der »Dritten Welt« sowie die skeptische Haltung, die viele politische Bewegungen in der »Dritten Welt« gegenüber osteuropäischen Dissidenten einnahmen. Sich mit ihnen zu verbünden, kam für Bewegungen wie die geschlagene chilenische Linke oder den ANC gar nicht in Frage, empfingen sie doch materielle und politische Unterstützung von sozialistischen Regimes.⁷⁴ So verbündeten sich die chilenische Kommunistische Partei sowie der ANC mit der Sowjetunion und verteidigten auch die Invasion der Warschauer Pakt-Staaten in der Tschechoslowakei. Die chilenischen Exil-Organisationen wie Chile Democrático in Rom wehrten sich geschlossen gegen die Versuche westeuropäischer Kampagnen, sie mit osteuropäischen Dissidenten in einen Topf zu werfen. So stießen die Pläne katholischer Friedensaktivisten, des 10. Jahrestages des Prager Frühlings und des 5. Jahrestages des Putsches in Chile gemeinsam zu gedenken, auf den Widerstand chilenischer Exilanten.⁷⁵ Im selben Jahr organisierte der Weltfriedensrat zusammen mit Chile Demo-

72 Vgl. József Borovi: *Magyar katolikus lelkesizolgalat Del-Afrikaban*, Budapest 2004, S. 12 f.

73 Vgl. Olga Ulianova: *Corvalán for Bukovsky: A Real Exchange of Prisoners during an Imaginary War. The Chilean dictatorship, the Soviet Union, and US Mediation, 1973-1976*, in: *Cold War History* 14,3 (2014), S. 315-336.

74 Vgl. Filatova/A. B. Davidson: *Russia and South Africa in the Soviet Era*, Johannesburg 2013; V. G. Shubin: *ANC. A View from Moscow*, Sunnyside 2008.

75 Vgl. Christiaens: *From the East to the South, and Back?*

crático in Madrid allerdings eine internationale Menschenrechts-Kampagne für die Vermissten in Chile. Hier zeigte allerdings das Interesse verschiedener westeuropäischer Solidaritätsbewegungen, politischer Parteien und NGOs, dass Ost-West-Kooperationen eine weitaus attraktivere Perspektive blieben, um international Aufmerksamkeit zu erreichen.⁷⁶

In den späten 1970er und frühen 1980er Jahren schien diese Distanz zwischen der »Dritten Welt« und westeuropäischen Kampagnen zugunsten osteuropäischer Dissidenten zu schrumpfen. Diese Annäherung wurde zum Teil durch das Aufkommen neuer Oppositionsbewegungen in Ländern wie Südafrika und Chile gefördert, wo Gewerkschaften zu wichtigen Akteuren auf der heimischen Bühne wurden.⁷⁷ Ihre Oppositionstätigkeit wurde durch die Internationalisierung der westeuropäischen Sozialdemokratie in den späten 1970er Jahren unterstützt. Zur selben Zeit zeichneten sich sichtbare Spannungen im Verhältnis zwischen Osteuropa und der »Dritten Welt« ab. Die Allianz zwischen der Sowjetunion und der chilenischen Sozialistischen Partei bröckelte aufgrund interner Reibungen, nachdem ihr Vorsitzender Carlos Altamirano Ostberlin verlassen und sich in Paris niedergelassen hatte, aber auch wegen der schwindenden Unterstützung durch osteuropäische Regimes. Die FSLN in Nicaragua erhielt ein Forum durch die Sozialistische Internationale, bekam aber kaum Unterstützung aus Osteuropa, bevor sie 1979 an die Macht gelangte. In den späten 1970er Jahren näherten sich viele lateinamerikanische Exilanten in Westeuropa sowohl trotzkistischen Gruppen als auch der Sozialdemokratie an, wo sie eine Reihe von osteuropäischen Dissidenten im Exil trafen.⁷⁸ Jorge Arrate, ehemaliger Minister in der Regierung der Unidad Popular und später Anführer der »Reformsozialisten« im Exil, traf sich mit osteuropäischen Dissidenten in den Niederlanden während seiner Tätigkeit am Institute for the New Chile, einer von westeuropäischen Sozialdemokraten finanzierten Initiative mit dem Ziel, die nicht-kommunistische Opposition gegen Pinochet zu vereinigen.⁷⁹

76 Vgl. Joan Simalchik: *The Material Culture of Chilean Exile: A Transnational Dialogue*, in: *Refugee, Diasporas and Transnationalism* 23,2 (2006), S. 95-105, hier S. 98.

77 Vgl. Christabel Gurney: *The 1970s: The Anti-Apartheid Movement's Difficult Decade*, in: *Journal of Southern African Studies* 35,2 (2009), S. 471-487.

78 Vgl. Bent Boel: *Western Trotskyists and subversive travelling in Soviet Bloc countries, 1956-1989*, in: *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 25,2 (2017), S. 237-254.

79 Vgl. Jorge Arrate/Eduardo Rojas: *Memoria de la Izquierda Chilena*, Bd. II (1970-2000), Santiago 2003, S. 283; Mariana Perry: »With a Little Help from My Friends«: *The Dutch Solidarity Movement and the Chilean Struggle for Democracy*

Die stärkste Verbindung zwischen Dissidenten und der »Dritten Welt« entstand in den 1980er Jahren, als sich die internationale Solidarität mit der chilenischen Opposition mit dem Schicksal der polnischen Solidarność-Bewegung verband. Tatsächlich war in dieser Zeit kein anderes internationales Thema derart fest mit Chile verbunden wie die Solidarność – die erste osteuropäische Massenoppositionsbewegung und eine der prägendsten »causes célèbres« für den transnationalen Aktivismus während des letzten Jahrzehnts des Kalten Kriegs.⁸⁰ Der Aufstieg der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność im Sommer 1980 rief großes Interesse im Westen hervor, nicht nur in der Linken, sondern auch in konservativen und christdemokratischen Kreisen. Trotzdem war es gerade ihre Niederschlagung nach der Ausrufung des Kriegsrechts unter der Regierung Jaruzelskis am 13. Dezember 1981, die die internationale Solidarität sowohl bei Linken als auch bei den Rechten entfachte.

Aus der Perspektive des Kalten Krieges betrachtet, gab es nicht viel, was die polnische Opposition mit Chile verband. Solidarność war eine katholische Gewerkschaftsbewegung, die durch Kalte Krieger wie Reagan und Thatcher unterstützt wurde, zwei von Pinochets Fürsprechern im Westen. Trotzdem sprachen internationale Beobachter und polnische Oppositionelle während der Krise seit Dezember 1981 schnell von einer »Pinochetisierung« Polens und betonten die Ähnlichkeiten zwischen General Pinochet und seinem polnischen Gegenpart Jaruzelski, die sich nicht nur beide häufig mit dunkler Brille zeigten, sondern auch staatliche Repressionen gegen die Opposition und vor allem die Gewerkschaftsbewegung einsetzten.⁸¹ Der Aufstieg und die Niederschlagung der Solidarność entwickelten sich bei der chilenischen Linken zum Brennpunkt der Debatten um die Beziehung zwischen Sozialismus und Demokratie und um Strategien zur Bekämpfung Pinochets. Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Carlos Altamirano, reiste bereits 1981 nach Warschau, um sich mit Lech Wałęsa zu treffen, seine Solidarität mit der polnischen Opposition zu bekunden und den gemeinsamen Glauben

racy, in: *European Review of Latin American and Caribbean Studies/Revista Europea de Estudios Latinoamericanos y del Caribe* 101 (2016), S. 75-96.

80 Siehe dazu: Idesbald Goddeeris (Hg.): *Solidarity with Solidarity. Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980-1982*, Lanham 2010.

81 Vgl. Robert Brier: *Poland's Solidarity as a Contested Symbol of the Cold War: Transatlantic Debates After the Polish Crisis*, in: Kiran Klaus Patel/Kenneth Weisbrode (Hg.): *European Integration and the Atlantic Community in the 1980s*, New York 2013, S. 83-104, hier S. 100.

an die Kraft der Demokratie, den gewaltfreien Widerstand und eine Opposition mit breiter Basis zu betonen.⁸²

Die Krise vom Dezember 1981 und die folgende Repression in Polen wurden von den größeren chilenischen sozialistischen, christdemokratischen und anderen Exilorganisationen genau verfolgt. Für sie bot das Schicksal von Solidarność eine Möglichkeit, sich von sowjet-freundlichen Exilorganisationen und dem Vorwurf der kommunistischen Prägung zu distanzieren, den die chilenische Staatspropaganda und die Apologeten im Westen gerne auf die gesamte chilenische Opposition ausweiteten.⁸³ Zudem kam es sowohl in Chile als auch in Polen in den 1980er Jahren zu simultanen Arbeiterkämpfen. Da Oppositionsparteien verboten waren, übernahmen Gewerkschaften, allen voran die von christlichen Arbeitern geführte Coordinara Nacional Sindical, die heimische Opposition gegen Pinochet in den frühen 1980er Jahren. Die neoliberale Politik der Regierung und das restriktive Arbeitsrecht schufen in Verbindung mit der Wirtschaftskrise der 1980er Jahre den Nährboden für eine breite gesellschaftliche Bewegung. Das Programm für Demokratie und Menschenrechte, für das die Gewerkschaften mobilisierten, unterschied sich dabei durch seinen gewaltlosen Ansatz radikal von dem marxistischer Gruppen und anderer Parteien, die den bewaffneten Widerstand propagierten.⁸⁴ Diese Umstrukturierung der Opposition rund um die Gewerkschaften in einer Zeit wachsender Repression änderte nicht nur die Ausrichtung internationaler Kampagnen chilenischer Exilgruppen und ihrer westeuropäischen Verbündeten gegen Pinochet, vielmehr wurden dadurch die Parallelen zur polnischen Gewerkschaftsopposition gegen Jaruzelski noch offensichtlicher.⁸⁵

Bereits wenige Tage nach dem Verbot der Solidarność schickte der christliche Textilarbeiter und führende Oppositionelle Manuel Bustos aus seinem Gefängnis in Santiago de Chile eine Botschaft der Solidarität mit Lech Wałęsa an den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (ICFTU), der gerade in Brüssel Solidaritätskampagnen für die Solidarność plante.⁸⁶ Im Frühjahr 1982 antwortete darauf Wałęsa, indem

82 Vgl. Heraldo Muñoz: *The Dictator's Shadow: Life under Augusto Pinochet*, New York 2006, S. 126.

83 Vgl. *Nuestra solidaridad con el pueblo polaco*, in: *Convergencia* 5-6 (November 1981-Januar 1982), S. 29 f.; *Chile-América* 76-77 (Januar-Februar-März 1982), S. 35 f.

84 Vgl. Peter Winn (Hg.): *Victims of the Chilean Miracle: Workers and Neoliberalism in the Pinochet Era, 1973-2002*, Durham/London 2004.

85 Vgl. Ignacio Walker: *Socialismo y democracia: Chile y Europa en perspectiva comparada*, Santiago 1990, S. 186 f.

86 Vgl. *Chile-América*, 76-77 (1982), S. 56.

er wiederum seine Unterstützung der chilenischen Arbeiter-Opposition gegen Pinochet erklärte und die Inhaftierung Bustos und des kommunistischen Gewerkschafters Almiro Guzman anprangerte.⁸⁷ Als Wałęsa im Dezember 1983 den Friedensnobelpreis bekam, lud er in einem symbolträchtigen Akt den chilenischen Gewerkschafter Rodolfo Seguel zur Verleihung in Oslo ein, an der er selbst nicht teilnehmen konnte.

Weitere nachhaltige Kooperationen zwischen polnischen und chilenischen Exilanten entwickelten sich seinerzeit in Westeuropa. Im Sommer 1982 gründeten polnische Exilanten mit Unterstützung der verbotenen polnischen Gewerkschaften das Auslands-Koordinationsbüro der *Solidarność* in Brüssel als Hauptquartier und internationale Vertretung der polnischen Opposition. Das Büro koordinierte auch gemeinsam mit einer ähnlichen chilenischen Exilorganisation internationale Solidaritätskampagnen mit der chilenischen Gewerkschaftsopposition: Das *Comité Sindical Chile* wurde im Frühjahr 1983 in Rom von Manuel Bustos gegründet.⁸⁸ Chilenen und Polen gaben gemeinsame Solidaritätserklärungen heraus und traten gemeinsam bei internationalen Konferenzen auf, so zum Beispiel bei den Jahresversammlungen der »Internationalen Arbeitsorganisation« (ILO) in Genf. Die polnische Opposition präsentierte hier ihr Land als »zweites Chile«, um denjenigen in Europa und den USA entgegenzutreten, die sich Mitte der 1980er Jahre auf Jaruzelskis Kurs der Normalisierung einzulassen begannen. All dies zeigt, wie *Solidarność* und die chilenische Arbeiter-Opposition während der 1980er Jahre in Kontakt blieben und regelmäßig aufeinander Bezug nahmen.⁸⁹ Diese gemeinsame »anti-totalitäre« Identität war jedoch hauptsächlich durch ihre Verbündeten im Westen, allen voran durch den ICFTU und führende Sozialdemokraten geprägt worden.

Unter dem Strich war der gemeinsame globale »anti-totalitäre« Kampf in Chile und Polen jedoch eher eine Ausnahme. Während der 1980er Jahre hatte die *Solidarność* beispielsweise kaum Interesse am Kampf gegen die Apartheid in Südafrika: Selbst bzw. gerade ihre Unterstützer im Westen waren über die Teilnahmslosigkeit der *Solidarność* betroffen, viel mehr noch über ihre Unterstützung des südafrikanischen Regimes, das nach der Ausrufung des Kriegsrechts 1981 tausende Polen aus österreichischen Flüchtlingslagern rekrutierte und sich so als antikommunistische

87 Vgl. Mary Helen Spooner: *Soldiers in a Narrow Land: The Pinochet Regime in Chile*, Berkeley u. a. 1999, S. 168; *Latijns-Amerika* 1 (1982), S. 6.

88 Vgl. Christiaens: *The Difficult Quest*; *Free Labour World* 391/392 (1983), S. 6.

89 Vgl. *New York Times*, 25.10.1989.

Bastion profilieren konnte.⁹⁰ Die antirassistische, liberale Federation of South African Trade Unions (FOSATU) solidarisierte sich zwar mit der Solidarność, um sich vom ANC zu distanzieren und ihr nicht-kommunistisches Profil zu untermauern. Der größere Teil der südafrikanischen Opposition hielt sich aber von der polnischen Gewerkschaft fern, da solche Kontakte ihre Beziehungen mit dem Ostblock gefährdet hätten.⁹¹

Auch die sandinistische Regierung in Nicaragua, die während des Bürgerkrieges im Land eine der wichtigsten Solidaritätsbewegungen der 1980er Jahre auf die Beine gestellt hatte und mit osteuropäischen Regimes kooperierte, sträubte sich gegen Vergleiche mit Solidarność, die etwa Intellektuelle wie Günter Grass oder westeuropäische Sozialdemokraten zogen.⁹² 1981 wurde einer Solidarność-Delegation, die die Anti-Sandinista-Opposition besuchen wollte, sogar die Einreise nach Nicaragua verwehrt.⁹³ Die Propaganda der FSLN verurteilte die Solidarność und andere osteuropäische Dissidenten als Werkzeuge des US-Imperialismus, während sie gleichzeitig die Freundschaft und Solidarität mit den osteuropäischen Regimes pries.⁹⁴ Nichtsdestotrotz stimmten sowohl die sandinistische Regierung als auch die chilenische und südafrikanische Opposition darin überein, dass die »Dritte Welt« einzig durch die Ost-West-Entspannung ihre Selbstbestimmung erreichen könne. Die sandinistische Regierung in Nicaragua hielt ihre westeuropäischen Solidaritätskomitees an, mit der Friedensbewegung zu kooperieren, schickte Delegationen auf »Friedensbesuche« zu europäischen Staatsoberhäuptern

90 Vgl. Joseph M. Schwartz: Black Politics in South Africa, in: Dissent (Winter 1986), S. 5-13, hier S. 9; Allgemeiner: Padraic Kenney: A Carnival of Revolution. Central Europe 1989, Princeton/Oxford 2002, S. 70.

91 Vgl. Vladimir Shubin/Marina Traikova: There is no threat from the Eastern Bloc, in: South African Democracy Education Trust (Hg.): The Road to Democracy in South Africa, Vol. III: International Solidarity, Pretoria 2008, S. 985-1066.

92 Vgl. Kim Christiaens: Globalizing Nicaragua? An Entangled History of Sandinista Solidarity Campaigns in Western Europe, in: Jan Hansen/Christian Helm/Frank Reichherzer (Hg.): Making Sense of the Americas: How Protest Related to America in the 1980s and Beyond, Frankfurt/M./New York 2015, S. 151-173.

93 Vgl. Kim Christiaens/Idesbald Goddeeris: Solidarność and Latin America in the 1980s: Encounters, Conflicts and Failures, in: Archiv für Sozialgeschichte 56 (2016), S. 445-461.

94 Vgl. Dieter Gawora: Lateinamerika hier. Zur Entwicklung der internationalen Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik. Entwicklungsperspektiven, Kassel 1983, S. 77, 87; siehe auch: Barricada Internacional: International Weekly of the Sandinista National Liberation Front, No. 24, 5.7.1982, S. 8; Erika Harzer/Willi Volks (Hg.): Aufbruch nach Nicaragua: Deutsch-deutsche Solidarität im Systemwettbewerb, Berlin 2008.

und organisierte Konzerte und Märsche für »Frieden« zwischen Ost und West.

Gleichzeitig orientierten sich auch wichtige Strömungen in der chilenischen Linken an der Entspannungspolitik und versuchten, das Thema Chile in den Friedens-Kampagnen zu etablieren, die in den 1980er Jahren wie Pilze aus dem Boden schossen, insbesondere nach dem Nato-Doppelbeschluss. 1982 nahmen chilenische Exilanten gemeinsam mit Vertretern der polnischen Regierung und anderer osteuropäischer Regimes sowie mit Menschenrechtsaktivisten aus dem Westen in Athen an einer Sitzung der Internationalen Untersuchungskommission der Verbrechen der Militärjunta in Chile teil.⁹⁵ Im Jahr darauf, auf dem Höhepunkt der Friedensproteste in Westeuropa und am zehnten Jahrestag des Putsches, startete Chile Democrático unter dem Motto »das Recht in Frieden zu leben« eine Kampagne zur Rückkehr der Exilanten.⁹⁶ Aus dieser Perspektive heraus beobachteten viele chilenische Oppositionsführer mit Skepsis den Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa in den späten 1980er Jahren. So sah beispielsweise Ricardo Lagos, der sozialdemokratische Oppositionsführer und zukünftige Präsident Chiles, das postkommunistische Europa als potentielle Konkurrenz um westliche Unterstützung für den Übergang zur Demokratie.⁹⁷

Fazit und Ausblick: Die Umgestaltung der Solidarität nach 1989

Noch in den frühen 1990er Jahren kultivierten viele führende Köpfe der chilenischen, nicaraguanischen und südafrikanischen Bewegungen, mit denen sich europäische Aktivisten während der vergangenen Jahrzehnte identifiziert hatten, weiterhin die Erinnerung an die osteuropäische Unterstützung ihrer Ziele. Nach dem Ende des Pinochet-Regimes half der chilenische Botschafter in Moskau, Clodomiro Almeyda, dem abgesetzten DDR-Regierungschef Erich Honecker, Zuflucht in Chile zu finden,

95 Vgl. Alan Angell: International Support for the Chilean Opposition, 1973-1989: Political Parties and the Role of Exiles, in: Laurence Whitehead (Hg.): The International Dimensions of Democratization. Europe and the Americas, Oxford 1996, S. 183; siehe auch im Archivo Digital de la Fundación Museo de la Memoria y los Derechos Humanos die Dokumente zur Untersuchungskommission, URL: <http://www.archivomuseodelamemoria.cl/uploads/1/0/104732/00000031000012000162.pdf>.

96 El derecho de vivir en paz, 16.9.1983, in: Amsab-Institute of Social History, Ghent, AF.005660.

97 Vgl. Micheline de Sève: La chute du mur de Berlin et l'ébranlement de la gauche chilienne, in: Politique et Sociétés 24,2-3 (2005), S. 95.

wo er 1993 begrüßt wurde und einige Monate später starb.⁹⁸ ANC-Vorsitzende wie Nelson Mandela rühmten auch nach dem Übergang Südafrikas zur Demokratie nach wie vor den Beistand des Ostblocks im Anti-Apartheid-Kampf.⁹⁹

Solche Allianzen und Erklärungen standen jedoch im Widerspruch mit der Euphorie im Westen nach 1989. Nach den Ereignissen von 1989 setzte dort eine Art Amnesie ein, die es Liberalen, der Linken und osteuropäischen Dissidenten, die nun Führungspositionen besetzten, erlaubte, am Narrativ eines einheitlichen globalen anti-totalitären Kampfs, inspiriert und unterstützt durch den Westen, festzuhalten. Solche Diskurse entstanden in dem Moment, als viele Beobachter in der »Dritten Welt« die Einigung Europas als Ausgrenzung der »Dritten Welt« und das postkommunistische Europa als Hauptkonkurrenten um Solidarität und finanzielle Unterstützung wahrnahmen. Diese Position wurde in den Ansprachen des Nigerianers Joseph Nanven Garba deutlich, 1989/90 Präsident der UN-Generalversammlung: »Afrika zieht sprichwörtlich den Kürzeren. Nun, da sich Osteuropa demokratischen Prinzipien öffnet, werden die postsowjetischen Länder deutlich bei Finanzhilfen und Hilfsleistungen bevorzugt, die der Westen afrikanischen Ländern nie so bereitwillig gegeben hat.«¹⁰⁰ Seine Analyse war nicht weit entfernt vom Standpunkt der Konrad-Adenauer-Stiftung, die ihr schwindendes Budget für die Entwicklungsländer der »Dritten Welt« auf die Prioritäten in Osteuropa zurückführte.¹⁰¹

Die Euphorie über ein »freies Europa« verwischte in den 1990er Jahren die Erfahrung europäischer Kampagnen, die einen großen Gewinn aus der Idee zogen, Europa symbolisiere sowohl die Not als auch das revolutionäre Potential der »Dritten Welt«. In den 1960er und frühen 1970er Jahren hatten Kampagnen gegen den Vietnamkrieg und gegen Pinochet in Chile Europa als Opfer von rechten Diktaturen und US-Im-

98 Vgl. Mary Helen Spooner: *The General's Slow Retreat: Chile after Pinochet*, Berkeley/Los Angeles/London 2011, S. 52; Thomas Kunze/Markus Rosenberger: »Es lebe der Sozialismus«. Margot Honecker als Symbolfigur in Chile, Nicaragua, und Namibia, in: Thomas Kunze/Thomas Vogel (Hg.): *Ostalgie international: Erinnerungen an die DDR von Nicaragua bis Vietnam*, Berlin 2010, S. 27-43.

99 Rede von Nelson Mandela während der Konferenz von Umkhonto we Sizwe, 9.8.1991, University of Venda, Thohoyandou; Der Spiegel, 18.1.1993, URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13679737.html>.

100 Mobilisation internationale contre l'Apartheid et pour la libération de l'Afrique australe: Conseil Mondial de la Paix en collaboration avec le centre des Nations Unies contre l'Apartheid, October 1990, No. 4, S. 7, 10.

101 Vgl. Peter Molt: *A Review of (West) Germany's Relations with Developing Countries in Sub-Saharan Africa*, in: KAS International Reports 11/12/14, S. 53.

perialismus propagiert: Griechenland wurde nach dem Putsch 1967 als »Europas Vietnam« bezeichnet, während Kampagnen für Chile dieselben multinationalen Unternehmen anprangerten, die in Lateinamerika und Westeuropa intervenierten. Kommunistische Regimes und Parteien sahen Osteuropa dagegen als erfolgreiche Verwirklichung der Prinzipien des Antifaschismus und Anti-Imperialismus, die einen ähnlichen Kampf gefochten hatten wie die neuen unabhängigen Staaten um Selbstbestimmung und Sozialismus.¹⁰²

Diese »Identifizierung« wurde von osteuropäischen Dissidenten auf den Kopf gestellt, die den real existierenden Sozialismus ablehnten und die kommunistischen Regimes auf ihre Weise anklagten, indem sie das Sowjetreich mit Faschismus und Neo-Kolonialismus in der »Dritten Welt« gleichsetzten. In den 1980er Jahren führten diese Bestrebungen zu einem Narrativ eines gemeinsamen Kampfs in Polen und Chile gegen Totalitarismus von links und rechts. Die vermeintlich gemeinsame Identität zwischen Europa und der »Dritten Welt« war jedoch nicht nur eine europäische Eigenwahrnehmung, sondern wurde geprägt von politischen Bewegungen, Exilanten und nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika, Lateinamerika und Asien. Letztere wandten sich an Europa mit ihren Ideen und Anliegen – angesiedelt zwischen Antifaschismus und Frieden bis hin zu Anti-Amerikanismus. Ihr Ziel war es, mit der Idee gemeinsamer Werte und Kämpfe eine gemeinsame Identität zu schaffen.

102 Vgl. Mark/Slobodian: Eastern Europe.